

## **139 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP**

**Ausgedruckt am 12. 4. 1995**

# **Regierungsvorlage**

**Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung**

### **Artikel I**

(Zu Artikel 2 des Übereinkommens)

Wird eine Auslieferung nach Artikel 2 Absatz 1 des Übereinkommens bewilligt und betrifft das Auslieferungsersuchen auch in diesem Absatz nicht angeführte strafbare Handlungen, so wird die Auslieferung bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen nach dem Übereinkommen und diesem Vertrag auch wegen anderer Handlungen bewilligt, wenn diese in beiden Vertragsstaaten mit gerichtlicher Strafe bedroht sind.

### **Artikel II**

(Zu Artikel 5 des Übereinkommens)

(1) In Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenstrafsachen und in Strafsachen wegen der Verletzung von Vorschriften der Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel wird die Auslieferung nur bewilligt, wenn die dem Ersuchen zugrundeliegende Handlung auch nach einer vergleichbaren gesetzlichen Strafbestimmung des ersuchten Staates gerichtlich strafbar wäre.

(2) Die Auslieferung darf nicht ausschließlich mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht des ersuchten Staates nicht Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenvorschriften oder Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder den Außenhandel der gleichen Art wie das Recht des ersuchenden Staates enthält.

### **Artikel III**

(Zu Artikel 7 und 8 des Übereinkommens)

Der ersuchte Staat wird die Auslieferung einer Person wegen einer strafbaren Handlung, die nach seinen Rechtsvorschriften seiner Gerichtsbarkeit unterliegt, bewilligen, wenn der Durchführung des Strafverfahrens im ersuchenden Staat mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, insbesondere aus Gründen der Wahrheitsfindung, der Strafzumessung und des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung des Rechtsbrechers der Vorzug zu geben ist.

### **Artikel IV**

(Zu Artikel 9 des Übereinkommens)

(1) Die Auslieferung wird auch nicht bewilligt, wenn die dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden Handlungen in einem dritten Staat verübt worden sind und dort eine der in Artikel 9 des Übereinkommens erwähnten Entscheidungen ergangen ist.

(2) Die Auslieferung unter den Voraussetzungen des Artikels III wird nicht gehindert, wenn die Person nicht rechtskräftig verurteilt oder die im Urteil verhängte Strafe nicht oder nicht zur Gänze vollstreckt wurde.

(3) Der ersuchte Staat wird die Auslieferung einer Person nicht ablehnen, wenn seine Justizbehörden diese Person nur wegen fehlender eigener Gerichtsbarkeit freigesprochen oder nur aus diesem Grund gegen sie kein Strafverfahren eingeleitet oder ein bereits eingeleitetes Strafverfahren eingestellt haben.

#### **Artikel V**

(Zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Für die Hemmung und die Unterbrechung der Verjährung sind allein die Rechtsvorschriften des ersuchenden Staates maßgebend.

#### **Artikel VI**

(1) Eine im ersuchten Staat erlassene Amnestie steht der Auslieferung nicht entgegen, wenn die strafbare Handlung nicht der Gerichtsbarkeit dieses Staates unterliegt.

(2) Die Verpflichtung zur Auslieferung wird durch das Fehlen eines Antrages oder einer Ermächtigung zur Strafverfolgung oder einer sonstigen Erklärung des Geschädigten, die nach dem Recht des ersuchten Staates zur Einleitung und Fortsetzung des Strafverfahrens erforderlich wäre, nicht berührt.

#### **Artikel VII**

(Zu Artikel 12 des Übereinkommens)

(1) Das Ersuchen um Auslieferung wird unbeschadet der Zulässigkeit des diplomatischen Weges durch die Justizminister der beiden Vertragsstaaten gestellt. Auch der sonstige Schriftverkehr zwischen den Vertragsstaaten findet auf diesem Wege statt, soweit das Übereinkommen und dieser Vertrag nichts anderes bestimmen.

(2) In den Fällen des Strafaufschubes, der Strafunterbrechung und der bedingten Aussetzung der Vollstreckung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme sind einem Ersuchen um Auslieferung oder Durchlieferung auch die zur Feststellung der Vollstreckbarkeit dienenden Urkunden beizufügen.

#### **Artikel VIII**

(Zu Artikel 14 des Übereinkommens)

(1) Die bedingte Freilassung einer ausgelieferten Person ohne eine ihre Bewegungsfreiheit einschränkende Anordnung steht der endgültigen Freilassung gleich.

(2) Im Sinne des Artikels 14 Absatz 2 des Übereinkommens kann der ersuchte Staat auch Maßnahmen treffen, um die für ein Ersuchen um Zustimmung nach Artikel 14 Absatz 1 lit. a des Übereinkommens erforderlichen Unterlagen zu erhalten; zu diesem Zweck ist die Vernehmung der ausgelieferten Person und ihre Vorführung zur Vernehmung zulässig. Nach der Stellung eines Ersuchens um Zustimmung kann die ausgelieferte Person ungeachtet der Einschränkung des Artikels 14 des Übereinkommens bis zum Eingang der Entscheidung über dieses Ersuchen in Haft gehalten werden, wenn die Anordnung der Haft nach den Rechtsvorschriften des ersuchenden Staates an sich zulässig ist.

#### **Artikel IX**

(Zu Artikel 15 des Übereinkommens)

Einem Ersuchen um Zustimmung zur Weiterlieferung an eine andere Vertragspartei des Übereinkommens oder an einen dritten Staat sind die in Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens erwähnten Unterlagen beizufügen, die dem um Zustimmung ersuchenden Vertragsstaat übermittelt worden sind. Die Zustimmung wird erteilt, wenn wegen der dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden strafbaren Handlungen die Auslieferung durch den um Zustimmung ersuchten Vertragsstaat an die andere Vertragspartei oder an den dritten Staat zulässig wäre.

#### **Artikel X**

(Zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Ersuchen um vorläufige Verhaftung können durch die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und die obersten Justiz- und Polizeibehörden des einen Vertragsstaates an die zuständigen Justiz- und Polizeibehörden des anderen Vertragsstaates gerichtet werden. Die Angabe der strafbaren Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht werden wird, hat eine kurze Sachverhaltsdarstellung zu umfassen.

## 139 der Beilagen

3

(2) Erlangen die zuständigen Behörden eines Vertragsstaates davon Kenntnis, daß sich auf dem Gebiet dieses Vertragsstaates eine Person befindet, deren Auslieferung vom anderen Vertragsstaat begehrt werden kann, so werden sie diesen unverzüglich auf dem in Artikel 16 Absatz 3 des Übereinkommens vorgesehenen Geschäftsweg befragen, ob er die Auslieferung dieser Person begehrt. Wird die Person in vorläufige Auslieferungshaft genommen, so ist der andere Vertragsstaat hievon unverzüglich unter Angabe des Zeitpunktes der Verhaftung und des Ortes der Haft zu verständigen.

(3) Die Fristen nach Artikel 16 Absatz 4 des Übereinkommens werden gewahrt, wenn das Auslieferungsgesuchen und die beizufügenden Unterlagen vor deren Ablauf mittels Fernkopierer (Telefax) beim Justizministerium des ersuchten Staates einlangen und die Urschriften innerhalb angemessener Frist nachgereicht werden.

**Artikel XI**

(Zu Artikel 17 des Übereinkommens)

Zugleich mit der Entscheidung nach Artikel 17 des Übereinkommens wird der ersuchte Vertragsstaat auch über die Zulässigkeit der Weiterlieferung an den dritten Staat entscheiden; er wird diese Entscheidung allen beteiligten Staaten bekanntgeben.

**Artikel XII**

(Zu Artikel 19 des Übereinkommens)

(1) Artikel 19 Absatz 1 des Übereinkommens wird auch beim Vollzug einer vorbeugenden Maßnahme angewendet.

(2) Um die zeitweilige Übergabe gemäß Artikel 19 Absatz 2 des Übereinkommens kann zur Durchführung dringender Prozeßhandlungen ersucht werden. Diese Prozeßhandlungen sind im Ersuchen näher zu bezeichnen. Der Übergabe wird nicht zugestimmt, wenn durch sie eine gerichtliche Verfolgung im ersuchten Staat erheblich verzögert oder erschwert wird oder wenn sie unangemessene Nachteile für die auszuliefernde Person zur Folge haben könnte. Nach Durchführung der Prozeßhandlungen im ersuchenden Staat oder auf Verlangen des ersuchten Staates wird die übergebene Person ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit zurückgestellt.

(3) Im Fall der vorläufigen Übergabe wird die übergebene Person im ersuchenden Staat für die Dauer ihres Aufenthaltes in Haft gehalten. Diese Haft wird im ersuchten Staat auf die Strafe angerechnet.

(4) Die durch eine vorläufige Übergabe im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates entstandenen Kosten werden nicht erstattet.

**Artikel XIII**

(Zu Artikel 20 des Übereinkommens)

(1) Wird die Auslieferung einer Person bewilligt, so werden auch ohne besonderes Ersuchen die Gegenstände, die im Artikel 20 des Übereinkommens bezeichnet sind oder als Entgelt für solche Gegenstände erlangt worden sind, wenn möglich zugleich mit der auszuliefernden Person übergeben. Sie werden auch dann übergeben, wenn die bereits bewilligte Auslieferung wegen Todes oder der Flucht dieser Person nicht vollzogen werden kann; weiters dann, wenn die Auslieferung, die nach dem Übereinkommen zulässig wäre, nicht bewilligt werden kann, weil die auszuliefernde Person geflüchtet oder gestorben ist oder im Inland nicht betreten werden konnte.

(2) Der ersuchte Staat gibt dem ersuchenden Staat bekannt, welche der in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichneten Gegenstände sichergestellt worden sind und ob die auszuliefernde Person mit der unmittelbaren Rückgabe an den Geschädigten einverstanden ist.

Der ersuchende Staat teilt dem ersuchten Staat sobald wie möglich mit, ob er auf die Übergabe der Gegenstände unter der Bedingung verzichtet, daß sie gegen Vorweis einer Bescheinigung seiner zuständigen Justizbehörde dem Geschädigten oder dessen Beauftragten ausgehändigt werden.

(3) Ein Zoltpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechtes wird der ersuchte Staat bei der Übergabe von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückstellung nicht geltend machen, es sei denn, daß der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

2

**Artikel XIV**

(Zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Für die Dauer der Durchlieferung hat der darum ersuchte Staat die ihm übergebene Person in Haft zu halten.

(2) Soll eine Person, die von einem dritten Staat an einen Vertragsstaat ausgeliefert wird, auf dem Luftweg durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne Zwischenlandung in diesen Staat befördert werden, so ist eine Befassung jenes Vertragsstaates, dessen Hoheitsgebiet überflogen werden soll, nicht erforderlich, wenn die Person weder dessen Staatsangehörigkeit besitzt noch in Anspruch nimmt und die Auslieferung nicht wegen einer der in den Artikeln 3 und 4 des Übereinkommens bezeichneten strafbaren Handlungen erfolgt.

**Artikel XV**

(Zu Artikel 23 des Übereinkommens)

Auslieferungsersuchen und sonstige Schriftstücke werden in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt. Übersetzungen werden nicht gefordert.

**Artikel XVI**

(Zu Artikel 25 des Übereinkommens)

Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „vorbeugende Maßnahme“ eine mit Freiheitsentziehung verbundene Maßnahme, die nach den Strafgesetzen durch eine gerichtliche Entscheidung neben oder anstelle einer Strafe angeordnet wird. Ist die Dauer einer noch zu vollziehenden Maßnahme unbestimmt, so ist für die Zwecke dieses Vertrages der Zeitpunkt maßgebend, zu dem die Maßnahme nach dem Recht des ersuchenden Staates spätestens aufzuheben ist.

**Artikel XVII**

(Zu Artikel 31 des Übereinkommens)

Kündigt einer der Vertragsstaaten das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

**Artikel XVIII**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden in Prag ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(3) Der Vertrag bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, sofern nicht einer der Vertragsstaaten den Vertrag schriftlich auf diplomatischem Weg kündigt; in diesem Fall tritt der Vertrag ein Jahr nach der Kündigung, spätestens aber zu dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Europäische Auslieferungsübereinkommen zwischen den Vertragsstaaten dieses Vertrages außer Kraft tritt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 27. Juni 1994, in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Nikolaus Michalek**

Für die Tschechische Republik:

**Jiří Novák**

**Smlouva mezi Rakouskou republikou a Českou republikou o dodatku k Evropské úmluvě o vydávání z 13. prosince 1957 a usnadnění jejího uplatnění****Článek I**

(K článku 2 Úmluvy)

Povolí-li se vydávání osoby podle článku 2 odstavec 1 Úmluvy a týká-li se žádost o vydání také trestných činů neuvedených v tomto odstavci, pak je vydání povoleno také pro jiné činy existují-li ostatní předpoklady na základě Úmluvy a této smlouvy a hrozí-li za ně trest uložený soudem v obou smluvních státech.

## 139 der Beilagen

5

**Článek II**

(K článku 5 Úmluvy)

(1) U trestných činů daňového, celního, monopolního a devizového charakteru, či vztahujících se na odvody a dávky, a u trestných činů spočívajících v porušení předpisů hospodářského styku nebo předpisů zahraničního obchodu, se vydání povoluje pouze tehdy, pokud by čin vedoucí k žádosti o vydání byl podle srovnatelného trestního předpisu dožádaného státu rovněž trestně právně postižitelný.

(2) Vydání nesmí být zamítnuto výlučně se zdůvodněním, že právo dožádaného státu neobsahuje stejné daňové, celní, monopolní a devizové předpisy ani předpisy vztahující se na odvody a dávky a dále ani předpisy pro hospodářský zboží styk či zahraniční obchod jako právo dožadujícího státu.

**Článek III**

(K článku 7 a 8 Úmluvy)

Dožádaný stát povolí vydání osoby pro testný čin, který podle jeho právních předpisů podléhá jeho pravomoci, jestliže je třeba se zřetelem na zvláštní okolnosti, zejména z důvodů zjištění pravdy, výměry trestu a jeho výkonu nebo v zájmu resocializace obviněného dát přednost provedení trestního řízení v dožadujícím státě.

**Článek IV**

(K článku 9 Úmluvy)

(1) Vydání se nepovolí ani tehdy, jestliže činy vedoucí k žádosti o vydání byly spáchány ve třetím státě a tamtéž bylo vydáno jedno z rozhodnutí uvedené v článku 9 Úmluvy.

(2) Vydání za podmínek článku III nebude bráněno, jestliže osoba nebyla v dožádaném státě pravomocně odsouzena nebo uložený trest nebyl alespoň zčásti nebo zcela vykonán.

(3) Dožádaný stát neodmítne vydání osoby, jestliže jeho justiční orgány osvobodily tuto osobu pouze z důvodu chybějící vlastní soudní pravomoci nebo poze z tohoto důvodu nebylo proti této osobě zahájeno trestní řízení či bylo již zahájené trestní řízení zastaveno.

**Článek V**

(K článku 10 Úmluvy)

Pro zabránění a přerušení promlčení jsou určující pouze právní předpisy dožadujícího státu.

**Článek VI**

(1) Amnesti vyhlášená v dožádaném státě nebrání vydání osoby, pokud trestný čin nepodléhá soudní pravomoci tohoto státu.

(2) Povinnost k vydání není dotčena tím, že chybí návrh nebo zmocnění k testnímu stíhání či jiné prohlášení postiženého, které jsou podle práva dožádaného státu potřebné k zahájení a vedení trestního řízení.

**Článek VII**

(K článku 12 Úmluvy)

(1) Žádosti o vydávání podávají jménem obou smluvních stran ministři spravedlnosti, čímž však není vyloučena diplomatická cesta. Také ostatní písemný styk mezi smluvními státy probíhá touto cestou, pokud Úmluva a tato smlouva nestanoví jinak.

(2) V případech odkladu nebo přerušení trestu, uložení podmíněného trestu, podmíněného propuštění nebo ochranného opatření je třeba k žádosti o vydání či průvoz přiložit také listiny sloužící k zjištění vykonatelnosti.

**Článek VIII**

(K článku 14 Úmluvy)

(1) Podmíněné propuštění vydané osoby bez nařízení omezujícího svobodu jejího pohybu se rovná konečnému propuštění na svobodu.

(2) V duchu článku 14 odstavec 2 Úmluvy může dožádaný stát také učinit opatření, aby získal podklady potřebné k žádosti o souhlas podle článku 14 odstavec 1 písmeno a) Úmluvy; za tímto účelem je přípustný výslech vydané osoby a také je přípustné její předvedení k výslechu. Po podání žádosti o souhlas může být vydaná osoba držena ve vazbě nehledě na omezení článku 14 Úmluvy až do doby

doručení rozhodnutí ve věci této žádosti, jestliže je nařízení vazby přípustné podle právních předpisů dožadujícího státu.

### **Článek IX**

(K článku 15 Úmluvy)

K žádosti o souhlas s dalším vydáním jiné smluvní straně Úmluvy nebo třetímu státu je třeba přiložit podklady uvedené v článku 12 odstavec 2 Úmluvy, které byly předány smluvnímu státu žádajícímu o souhlas. Souhlas je udělen, jestliže trestné činy vedoucí k žádosti o vydání by opravňovaly vydání osoby ze strany smluvního státu, který byl požádán o souhlas, jiné smluvní straně nebo třetímu státu.

### **Článek X**

(K článku 16 Úmluvy)

(1) Žádosti o vzetí do předběžné vazby mohou soudy, státní zastupitelství a ústřední justiční a policejní orgány jednoho smluvního státu adresovat příslušným justičním a policejním orgánům státu druhého. Oznámení trestného činu, pro který se o vydání žádá, musí obsahovat krátké vylíčení činu.

(2) Dozvědí-li se příslušné orgány jednoho smluvního státu o tom, že na území tohoto smluvního státu se zdržuje osoba, o jejíž vydání může druhý smluvní stát požádat, dotáže se jej neprodleně způsobem, který je uveden v článku 16 odstavec 3 Úmluvy, zda žádá o vydání této osoby. Je-li osoba vzata do předběžné vydávací vazby, je nutno o tom neprodleně vyrozumět druhý smluvní stát s uvedením doby zatčení a místa vazby.

(3) Lhůty podle článku 16 odstavce 4 Úmluvy zůstanou zachovány, pokud žádost o vydání a doklady, které mají být připojeny, budou doručeny před jejich uplynutím telefaxem ministerstvu spravedlnosti dožadovaného státu a originály nebo ověřené kopie budou dodatečně zaslány v přiměřené lhůtě.

### **Článek XI**

(K článku 17 Úmluvy)

Současně s rozhodnutím podle článku 17 Úmluvy rozhodne dožádaný smluvní stát také o přípustnosti dalšího vydání do třetího státu; toto své rozhodnutí oznámí všem zúčastněným státům.

### **Článek XII**

(K článku 19 Úmluvy)

(1) Článek 19 odstavec 1 Úmluvy je uplatňován také při výkonu ochranného opatření.

(2) Dožadující stát může žádat o dočasné předání podle článku 19 odstavec 2 Úmluvy k provedení naléhavých procesních úkonů. Procesní úkony je třeba v žádosti blíže popsat. S předáním nebude vysloven souhlas, jestliže by toto předání značně zpomalilo či ztížilo trestní stíhání v dožadovaném státě nebo by vedlo k nepřiměřeným nevýhodám pro osobu, která má být vydána. Předaná osoba se musí po provedení procesních úkonů v dožadujícím státě nebo na požádání dožadovaného státu předat zpět bez ohledu na státní příslušnost.

(3) V případě dočasného předání bude předaná osoba po dobu svého pobytu v dožadujícím státě držena ve vazbě. Tato délka vazby se započítá do délky trvání trestu, který je v dožadovaném státě uložen.

(4) Náklady vzniklé na výsostném území dožadovaného státu dočasným předáním nejsou hrazeny.

### **Článek XIII**

(K článku 20 Úmluvy)

(1) Je-li povoleno vydání osoby, povolí se bez zvláštní žádosti též vydání předmětů, které jsou uvedeny v článku 20 Úmluvy nebo které byly získány protihodnotou za takové předměty. Je-li možné, předají se předměty současně s vydávanou osobou. Předají se i tehdy, nemůže-li již povolené vydání být provedeno z důvodu úmrtí nebo útěku této osoby; dále pak, jestliže dle Úmluvy povolené vydání nemůže být povoleno, protože k vydání určená osoba uprchla nebo zemřela nebo ji v dožadovaném státě nelze trestně postihnout.

(2) Dožádaný stát oznámí státu dožadujícímu, které předměty byly podly článku 20 Úmluvy zajištěny a zda je vydávaná osoba srozuměna s jejich bezprostředním vrácením poškozenému. Dožadující stát oznámí dožádanému státu co možná nejdříve, zda se zříká předání předmětů za pod-

## 139 der Beilagen

7

mínky, že budou poškozenému nebo jejich zmocněnci vydány proti předložení potvrzení jeho příslušných justičních orgánů.

(3) Dožádaný stát nebude při předání předmětů uplatňovat celní zástavní právo nebo jiné věcné ručení podle předpisů celního a daňového práva, a zřídá se taktéž jejich zpětného navrácení s výhradou, že trestným činem poškozený majitel předmětů tyto dávky dluží sám.

**Článek XIV**

(K článku 21 Úmluvy)

(1) Dožadovaný stát musí provázenou osobu držet po dobu průvozu ve vazbě.

(2) Má-li být osoba, která je vydávána třetím státem jinému smluvnímu státu, přepravena vzdušnou cestou bez mezipřistání přes výsostné území jiného smluvního státu do příslušného státu, pak není třeba vyjádření přelétaného smluvního státu, není-li tato osoba jeho státním občanem a není-li osoba vydávána pro jeden z trestných činů uvedených v článcích 3 a 4 Úmluvy.

**Článek XV**

(K článku 23 Úmluvy)

Žádosti o vydání a další písemnosti se sepisují v jazyce dožadujícího státu. Překlady se nevyžadují.

**Článek XVI**

(K článku 25 Úmluvy)

V této smlouvě znamená výraz „ochranné opatření“ spojené s odnětím svobody, které se ukládá podle trestních zákonů rozhodnutím soudu vedle nebo na místo trestu. Je-li travání opatření, které se ještě má vykonat, neurčité, pak je pro účely této smlouvy určující onen termín, ke kterému musí být opatření podle práva dožadujícího státu nejpozději zrušeno.

**Článek XVII**

(K článku 31 Úmluvy)

Vypoví-li jeden ze smluvních států Úmluvu, pak nabyde vypovězení Úmluvy účinnosti ve vztahu mezi Rakouskou republikou a Českou republikou dva roky po doručení oznámení o vypovězení generálnímu tajemníkovi Rady Evropy.

**Článek XVIII**

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze.

(2) Smlouva vstoupí v platnost prvního dne třetího měsíce následujícího po měsíci, ve kterém byly vyměněny ratifikační listiny.

(3) Smlouva se sjednává na dobu neurčitou, pokud jeden ze smluvních států smlouvu písemně diplomatickou cestou nevypoví; v tomto případě pozbývá smlouva platnosti rok po vypovězení, nejpozději však k termínu, ke kterému pozbyde platnosti Evropská úmluva o vydávání mezi smluvními stranami této smlouvy.

Na důkaz toho zmocněnci obou smluvních států tuto smlouvu podepsali a opatřili ji pečeti.

Dáno ve Vídni, dne 27. cvervna 1994 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Rakouskou republiku:

**Nikolaus Michalek**

Za Českou republiku:

**Jiří Novák**

## VORBLATT

**Problem:**

Durch die Ratifikation des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957, BGBl. Nr. 320/1969, durch die Tschechoslowakische Föderative Republik am 15. April 1992 ist zufolge Artikel 28 Absatz 1 dieses Übereinkommens der seinerzeitige Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Auslieferung vom 18. November 1982, BGBl. Nr. 382/1985, zur Gänze außer Kraft getreten. Das Europäische Auslieferungsübereinkommen steht zufolge der von der Tschechischen Republik gegenüber dem Europarat abgegebenen Kontinuitätserklärung für sie seit 1. Jänner 1993 in Kraft, BGBl. Nr. 373/1993. Die im bilateralen Auslieferungsvertrag vorgesehenen Vereinfachungen sind dadurch weggefallen, was zu einer erheblichen Erschwerung des Auslieferungsverkehrs geführt hat.

**Ziel:**

Ziel des Zusatzvertrages ist die Wiederherstellung der bereits im bilateralen Auslieferungsvertrag enthaltenen Vereinfachungen, die den besonderen Erfordernissen des Auslieferungsverkehrs zwischen Nachbarstaaten entsprechen.

**Inhalt:**

Inhalt ist die Ausdehnung der Auslieferungspflicht. Daneben wird der unmittelbare Geschäftsweg der Justizministerien eingeführt. Das Auslieferungsverfahren wird übersichtlicher gestaltet.

**Alternativen:**

Keine.

**Kosten:**

Keine.

**EU-Konformität:**

Als bilateraler Vertrag mit einem Nicht-EU-Staat auf einem nicht durch EU-Recht geregelten Sachgebiet ist der Vertrag mit EU-Recht vereinbar.



## Erläuterungen

### I.

#### Allgemeiner Teil

Der vorliegende Zusatzvertrag mit der Tschechischen Republik zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen ist zum Teil gesetzändernd und zum Teil Gesetzesergänzend; er bedarf daher der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Absatz 1 B-VG. Der Vertrag enthält keine verfassungsändernden oder Gesetzesergänzenden Bestimmungen. Sein Inhalt ist im innerstaatlichen Rechtsbereich unmittelbar anwendbar, die Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Absatz 2 B-VG ist daher nicht erforderlich. Eine Zustimmung des Bundesrats gemäß Artikel 50 Absatz 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten, die den selbständigen Bereich der Länder betreffen, geregelt werden.

Im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik stand der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Auslieferung vom 18. November 1982, BGBl. Nr. 382/1985, in Geltung. Die seinerzeitige Tschechoslowakische Föderative Republik hat das Europäische Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. Nr. 320/1969) am 15. April 1992 ratifiziert (BGBl. Nr. 373/1993). Mit Inkrafttreten des Europäischen Auslieferungsübereinkommens ist zufolge der Bestimmungen des Artikels 28 Absatz 1 der bilaterale Auslieferungsvertrag zur Gänze außer Kraft getreten. Es ist daher zweckmäßig, von der in Artikel 28 Absatz 2 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vorgesehenen Möglichkeit zum Abschluß eines bilateralen Zusatzvertrages zur Ergänzung und Erleichterung der Anwendung der im Übereinkommen enthaltenen Grundsätze Gebrauch zu machen.

Durch den gegenständlichen Zusatzvertrag, der sich weitgehend an den bereits bewährten Regelungen der Zusatzverträge mit Deutschland und der Schweiz orientiert, wird den besonderen Erfordernissen im Auslieferungsverkehr zwischen Nachbarstaaten entsprochen und vor allem auch den engen Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik auf strafrechtlichem Gebiet Rechnung getragen. Seit der Öffnung der Grenzen im Jahre 1989 hat die grenzüberschreitende Kriminalität zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik enorm zugenommen. Deshalb bedarf es einer Erleichterung des Auslieferungsverkehrs, wobei unbeschadet der Zulässigkeit des diplomatischen Weges die Möglichkeit des unmittelbaren Verkehrs zwischen den Justizministerien vorgesehen wird.

Die Tschechische Republik hat informell mitgeteilt, daß sie nicht in Aussicht nimmt, in absehbarer Zukunft das Zweite Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 17. März 1978 (BGBl. Nr. 297/1983) zu ratifizieren. Die mit dem Zweiten Zusatzprotokoll eingeführten Grundsätze hinsichtlich der Auslieferung auch wegen fiskalischer strafbarer Handlungen werden von diesem Zusatzvertrag übernommen.

Nach Expertengesprächen im Mai 1993 in Prag und Vertragsverhandlungen im November 1993 in Wien konnte Einigung über den Text des vorliegenden Zusatzvertrages zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen erzielt werden. Der Vertrag wurde am 27. Juni 1994 in Wien unterzeichnet.

Die Ratifikation des Vertrages wird auf den Bundeshaushalt keine belastenden Auswirkungen haben.

**II.****Besonderer Teil****Zu Artikel I:**

Artikel 2 Absatz 2 des Übereinkommens sieht die Möglichkeit vor, die Auslieferung auch wegen weiterer strafbarer Handlungen zu bewilligen, wenn eine auslieferungsfähige strafbare Handlung vorliegt und die übrigen strafbaren Handlungen in beiden Staaten gerichtlich strafbar sind. Durch die vorliegende Bestimmung verpflichten sich die Vertragsstaaten in diesen Fällen zur akzessorischen Auslieferung.

**Zu Artikel II:**

Artikel 2 des Zweiten Zusatzprotokolls zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 17. März 1978, BGBl. Nr. 297/1983, sieht auch die Auslieferung wegen fiskalischer strafbarer Handlungen vor. Diese Grundsätze werden übernommen und wird klargestellt, daß die Auslieferung entsprechend den allgemeinen Regeln nur bewilligt wird, wenn die dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegende Handlung auch nach dem Recht des ersuchten Staates gerichtlich strafbar wäre. Bei der Beurteilung der Strafbarkeit nach dem Recht des ersuchten Staates durch sinngemäße Umstellung des Sachverhaltes kommt es nicht darauf an, ob im ersuchten Staat Steuer- und Abgabenvorschriften der gleichen Art bestehen.

**Zu Artikel III:**

Diese Bestimmung verpflichtet unter gewissen Voraussetzungen auch zur Auslieferung wegen strafbarer Handlungen, die (auch) der Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates unterliegen. Die angeführten Abwägungskriterien entsprechen den in § 16 Absatz 2 ARHG festgehaltenen Grundsätzen.

**Zu Artikel IV:**

In Erweiterung des in Artikel 9 des Übereinkommens festgelegten Grundsatzes des Verbotes der Doppelbestrafung („ne bis in idem“) wird in Absatz 1 vorgesehen, daß auch eine Verurteilung in einem dritten Staat die Auslieferung wegen der dieser Verurteilung zugrundeliegenden strafbaren Handlungen an den ersuchenden Staat ausschließen kann, wenn es sich beim dritten Staat um den Tatortstaat handelt und eine in Artikel 9 des Übereinkommens bezeichnete Entscheidung ergangen ist.

Die Auslieferung wegen strafbarer Handlungen, die auch der Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates unterliegen, soll jedoch nicht gehindert werden, wenn die verlangte Person nicht rechtskräftig verurteilt wurde oder die Strafe nicht oder nicht zur Gänze vollstreckt wurde. In diesem Fall kann nach den Grundsätzen des Artikels III die Auslieferung bewilligt werden, sofern die dort aufgeführten Abwägungskriterien zutreffen.

Die Auslieferung ist ungeachtet eines Freispruchs oder einer Einstellung des Strafverfahrens in Ansehung der dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden strafbaren Handlungen im ersuchten Staat gerechtfertigt und daher zu bewilligen, wenn der Freispruch oder die Einstellung nur mangels einer Gerichtsbarkeit erfolgt ist (Absatz 3).

**Zu Artikel V:**

In Abänderung des Artikels 10 des Übereinkommens sind für Hemmung und Unterbrechung der Verjährung nunmehr ausschließlich die Rechtsvorschriften des ersuchenden Staates maßgebend. Bei der sinngemäßen Umstellung des Sachverhaltes zur Beurteilung der Strafbarkeit nach dem Recht des ersuchten Staates sind daher Hemmung und Unterbrechung der Verjährung nach den Rechtsvorschriften des ersuchenden Staates zu beurteilen.

**Zu Artikel VI:**

In Absatz 1 wird bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Auslieferung ungeachtet einer im ersuchten Staat erlassenen Amnestie zulässig ist. Maßgebend ist, ob die strafbare Handlung der Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates unterliegt.

Absatz 2 regelt die Bedeutung der bei Antrags- und Ermächtigungsdelikten erforderlichen Erklärung des Geschädigten für die Auslieferungspflicht.

**Zu Artikel VII:**

Auslieferungsersuchen werden nunmehr unbeschadet der Zulässigkeit des diplomatischen Weges im Wege der Justizminister der Vertragsstaaten gestellt.

Absatz 2 enthält Ergänzungen hinsichtlich der dem Auslieferungsersuchen in bestimmten Fällen anzuschließenden Unterlagen.

#### **Zu Artikel VIII:**

Der im Auslieferungsrecht geltende Grundsatz der Spezialität, wie er in Artikel 14 des Übereinkommens festgelegt wird, wird durch diese Bestimmung ergänzt und klargestellt.

Nach Artikel 14 Absatz 1 lit. a des Übereinkommens ist der ersuchte Staat um Zustimmung zur weiteren Strafverfolgung oder Strafvollstreckung der ausgelieferten Person wegen anderer, vom Auslieferungsersuchen und der Auslieferungsbewilligung nicht erfaßten strafbaren Handlungen zu ersuchen. Zu diesem Zwecke sieht Absatz 2 die Möglichkeit vor, die ausgelieferte Person zur Vernehmung vorzuführen und sie nach Stellung eines Nachtragsauslieferungsersuchens bis zur Entscheidung des ersuchten Staates über dieses Ersuchen in Haft zu halten.

#### **Zu Artikel IX:**

Einem Ersuchen um Zustimmung zur Weiterlieferung einer ausgelieferten Person sind die von dem nunmehr um Auslieferung ersuchenden Staat übermittelten Unterlagen anzuschließen. Die Zustimmung zur Weiterlieferung wird erteilt, wenn die Auslieferung wegen der dem Ersuchen zugrundeliegenden Straftat an auch nur einen der beiden anderen beteiligten Staaten zulässig wäre.

#### **Zu Artikel X:**

Ersuchen um Verhängung der vorläufigen Auslieferungshaft können im unmittelbaren Behördenverkehr zwischen den Gerichten, Staatsanwaltschaften und den obersten Justiz- und Polizeidienststellen übermittelt werden.

Die in § 28 Absatz 1 ARHG vorgesehene Möglichkeit eines Anbots der Auslieferung wird zwischen den Vertragsstaaten verpflichtend eingeführt. Da aber die in Artikel 16 Absatz 4 des Übereinkommens eingeräumten Fristen auch beim Geschäftsverkehr zwischen Nachbarstaaten als kurz empfunden werden, genügt es nunmehr, wenn das Auslieferungsersuchen und die beigelegten Unterlagen vor Ablauf der Frist in der Dauer von 40 Tagen mittels Telefax beim Justizministerium des anderen Staates einlangen und die Urschriften innerhalb angemessener Frist nachgereicht werden.

#### **Zu Artikel XI:**

Bei einer Mehrheit von Auslieferungsersuchen hat der ersuchte Staat auch über die Zulässigkeit der Weiterlieferung an einen dritten Staat zu entscheiden. Die Entscheidung ist allen beteiligten Staaten mitzuteilen.

#### **Zu Artikel XII:**

Diese Bestimmung regelt Detailfragen der in Artikel 19 des Übereinkommens vorgesehenen „vorläufigen Übergabe“.

Die Bestimmung orientiert sich an den Grundsätzen des § 38 Absatz 1 ARHG. Klargestellt wird, daß die im ersuchenden Staat von der übergebenen Person zugebrachten Haftzeiten auf die Strafe im ersuchten Staat angerechnet werden.

#### **Zu Artikel XIII:**

Absatz 1 regelt die sogenannte Sachauslieferung. Diese ist auch dann zulässig, wenn die bereits bewilligte Auslieferung wegen Todes oder Flucht der auszuliefernden Person nicht vollzogen werden kann. Auf Grund diesbezüglich in der Praxis aufgetretener Probleme wurde darüber hinaus vorgesehen, daß die Übergabe der in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichneten Gegenstände oder des für solche Gegenstände erlangten Entgelts auch dann stattfinden kann, wenn die Auslieferung, die nach dem Übereinkommen (und auch diesem Vertrag) zulässig wäre, nicht bewilligt werden kann, weil die auszuliefernde Person geflüchtet oder gestorben ist oder im Inland nicht mehr betreten werden konnte.

Die Absätze 2 und 3 sehen Erleichterungen hinsichtlich der Rückgabe der erwähnten Gegenstände an den Geschädigten vor. Sachliche Haftungen nach dem Steuer- und Zollrecht stehen der Rückstellung nicht entgegen, sofern der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer die Abgaben nicht selbst schuldet.

**Zu Artikel XIV:**

In Ergänzung des Artikels 21 des Übereinkommens wird vorgesehen, daß die durchzuliefernde Person während der Durchlieferung in Haft zu halten ist. Es besteht keine Verpflichtung, die Durchbeförderung im Luftweg jenem Vertragsstaat zu notifizieren, dessen Hoheitsgebiet überflogen wird, wenn die durchbeförderte Person weder Staatsangehöriger des überflogenen Vertragsstaates ist noch dessen Staatsangehörigkeit in Anspruch nimmt und nicht auch wegen politisch strafbarer Handlungen oder militärisch strafbarer Handlungen durchbefördert wird.

**Zu Artikel XV:**

Im Auslieferungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik werden das Auslieferungsersuchen und die angeschlossenen Unterlagen in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt. Übersetzungen werden nicht gefordert.

**Zu Artikel XVI:**

Diese Bestimmung enthält eine Definition des im Übereinkommen verwendeten Begriffes „vorbeugende Maßnahme“.

**Zu Artikel XVII und XVIII:**

Diese Artikel enthalten die üblichen Schlußbestimmungen.